

Name: Christoph Schmid

Alter: 45

**Beruf: Bürgermeister
der Gemeinde Alerheim**

Wohnort: Alerheim

Partei: SPD (seit 2002)



- 1. In medialen, gesellschaftlichen und politischen Debatten empfinden wir Landwirte, dass wir oft als Schuldige für alles hingestellt werden. Wie stehen Sie dazu? Was tun Sie, um hier Vorurteile abzubauen?**

Als Bürgermeister der Gemeinde Alerheim und als Kreisrat hatte ich stets ein offenes Ohr für die Belange der Landwirtschaft. Ich habe immer auf ein vertrauensvolles Miteinander gesetzt und mich für berechnigte Belange der Landwirtschaft eingesetzt.

- 2. Bei uns besteht der Eindruck, dass sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Tierhaltung sehr am gesellschaftlichen Mainstream orientieren. Wie stellen Sie sich eine praxistaugliche Umsetzung vor?**

Die Landwirtschaft gehört aus meiner Sicht in die Mitte der Gesellschaft und ist damit ebenso „gesellschaftlicher Mainstream“ wie viele andere Dinge, daher sollte sie sich auch nicht selbst in eine Außenseiter-Ecke stellen, in die sie nicht gehört. Natürlich müssen zeitgemäße Lösungen für mehr Tierwohl in der Tierhaltung gemeinsam mit den betroffenen Landwirten entwickelt werden und die Umsetzung von neuen gesetzlichen Anforderungen entsprechend gefördert werden. Mir ist es wichtig, die guten Beispiele unserer bäuerlichen Landwirtschaft in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen.

- 3. Die immer stärker ausufernde Bürokratie raubt unseren Landwirten die Zeit, sich auf das Wesentliche – nämlich Tierhaltung, Pflanzenbau und Management – zu konzentrieren. Was tun Sie dafür, hier eine Kehrtwende einzuleiten?**

Ich hoffe sehr, dass die Digitalisierung auch dazu beiträgt, dass wir Verwaltungsvorgänge vereinfachen können und damit auch die Landwirtschaft entlasten. Die staatliche Agrar-Masterplattform soll als Datendrehscheibe der

Landwirtschaft fungieren. Persönlich habe ich den Eindruck, dass z.B. der Kontakt zwischen den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Landwirten und Landwirtinnen häufig auch „unbürokratisch“ gut läuft. Aus der Erfahrung der Kommunalpolitik kann ich aber festhalten, dass eine Entbürokratisierung oft diejenigen versprechen, die nicht unerheblich zur Bürokratisierung beigetragen haben... Nicht nur die Landwirtschaft, auch gänzlich unterschiedliche Berufsfelder wie die Pflege oder die Bauwirtschaft klagen über zunehmenden Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand. Wer hier superschnelle Lösungen verspricht ist entweder ahnungslos, unehrlich oder ein Träumer.

4. Das eigenständige agrarsoziale Sicherungssystem (SVLFG) trägt zu einer umfassenden Absicherung unserer bäuerlichen Familien bei und ist europaweit einzigartig. Allerdings verursacht der agrarstrukturelle Wandel leider auch eine Erosion der aktiven Beitragszahler. Daher bedarf es dauerhaft der Gewährung von Bundesmitteln, um die notwendigen Ausgaben zu decken. Wie stehen Sie zum Erhalt dieses eigenständigen sozialen Sicherungssystems?

Die Hofabgabeklausel ist nach Jahrzehnten der Geltung seit 2018 Geschichte. Dies ist ein Erfolg des unermüdlichen Einsatzes der SPD-Bundestagsfraktion: Landwirt*innen bekommen nun ohne die zusätzliche Hürde der Hofabgabe ihre wohlverdiente Rente. Uns ist wichtig, dass der „Generationenvertrag Landwirtschaft“ auch in Zukunft funktioniert. Vor allem junge Landwirt*innen benötigen verlässliche Planungsmöglichkeiten. Deshalb müssen wir klären, wie eine nachhaltige Fortentwicklung des Alterssicherungssystems die Landwirtschaft bei schwindenden Beitragszahlern aussehen kann. Ziele müssen sein: Rechtssicherheit und Generationengerechtigkeit.

5. Biobetriebe leisten gute Arbeit. Konventionelle Betriebe leisten gute Arbeit. Dennoch werden sie in der öffentlichen Diskussion ständig gegeneinander ausgespielt. Was tun Sie dafür, dass diese Schwarz/Weiß-Debatte endlich aufhört?

Auch hier berufe ich mich auf mein Wirken als Bürgermeister einer Gemeinde mit zahlreichen Vollerwerbs- und Nebenerwerbsbetrieben. Ein gutes Miteinander von konventionellen Betrieben und Biobetrieben ist hier vor Ort überhaupt kein Problem. In der Außenwirkung nehme ich aber auch die Landwirtschaft selbst in die Pflicht, denn gegeneinander ausgespielt werden können nur diejenigen, die sich gegeneinander ausspielen lassen. Daher ist es auch wichtig, dass Biobetriebe und konventionelle Betriebe an einem Strang (und in die gleiche Richtung) ziehen!

6. Das Thema Pflanzenschutz wird emotional diskutiert. Wenn Landwirte keine großen Ernte- und Qualitätsverluste einfahren möchten, dann ist

der Schutz der Kulturen aber vonnöten. Was tun Sie dafür, eine Versachlichung der Debatte zu erreichen?

Letztlich unterliegen alle Pflanzenschutzmittel einem Genehmigungsprozess und einer entsprechenden staatlichen Überwachung. Der Schutz der Kulturen ist für mich eine Selbstverständlichkeit, so dass auch ich oft von der Emotionalität überrascht bin mit der „Großstädter“ diese Diskussion führen. Landwirte müssen sich auf die Zulassungsverfahren verlassen können (wie im übrigen auch Mediziner). Dennoch muss klar sein, dass bei neueren Erkenntnissen z.B. mit Blick auf das Insektensterben auch neue Auflagen kommen können. Ich habe festgestellt, dass die Landwirtschaft auch gerne bereit ist, neue Wege zu gehen und auf neue und bessere Mittel zu setzen, wenn es nachvollziehbare und schlüssige Begründungen dafür gibt.

7. Die deutsche Politik setzt die Produktionsstandards für die heimischen Landwirte immer weiter nach oben. Gleichzeitig drängen über die offenen Märkte billig produzierte Güter aus dem Ausland in die deutschen Regale (Stichwort Flüssig-Ei und Eier aus Käfighaltung). Wie wollen sie die heimischen Landwirte in diesem Spannungsfeld wettbewerbsfähig halten? Und wie wollen Sie das für andere Erzeugnisse verhindern?

Wie bei fast allen landwirtschaftlichen Fragen kann es hierzu nur europäische Lösungen geben. Als SPD setzen wir uns bei allen Handelsabkommen und in Europa dafür ein, dass unsere sozialen, ökologischen und anderen Produktionsstandards eingehalten werden. Mit dem Lieferkettengesetz ist hierzu ein deutliches erstes Signal gesetzt worden. Gleichzeitig brauchen wir entsprechende allgemeinverbindliche europäische Kennzeichnungspflichten, die von den Kunden einfach zuzuordnen sind.

8. 50 Prozent der schwäbischen Milchbauern halten ihre Kühe in Anbindehaltung. Wie stehen Sie zu einem generellen Verbot dieser Haltungsform? Trauen Sie sich, dafür auch öffentlich Ihre Stimme zu erheben?

Ohne auf die einzelnen Details der Ergebnisse der „Borchert-Kommission“ einzugehen, ist es mir wichtig zu betonen, dass ich die Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft sehe und daher eine Debatte über das Tierwohl immer auch im offenen Diskurs mit der Landwirtschaft und ihren Verbänden geführt werden muss. Auch wenn noch ungefähr die Hälfte der schwäbischen Milchbauern derzeit ihre Tiere in Anbindehaltung halten, so ist diese Form vermutlich dennoch nur noch eine Übergangslösung. Daraus darf aber kein Vorwurf an diejenigen abgeleitet werden, die derzeit noch darauf angewiesen sind, sondern es müssen entsprechende Übergangslösungen und Regularien entwickelt werden, die mittel- und langfristig den Umstieg ermöglichen. Für geografisch bedingte Sondersituationen wie z.B. bei

der Almwirtschaft müssen unter Umständen tragfähige Ausnahmeregelungen gefunden werden.

9. Die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen durch Wohn-, Gewerbe- und Infrastrukturbau schreitet in Bayern und in ganz Deutschland stetig voran. Die Forderung nach einer nachhaltigen, regionalen Lebensmittelversorgung, nach Biodiversität und Artenschutz steht dazu in krassem Widerspruch. Welche Ansätze sehen Sie, diese massiven Konflikte aufzulösen?

Flächenmanagement wird auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe für alle Ebenen werden. Boden ist eben kein vermehrbares Gut, daher ist der Ausgleich so wichtig. Innenentwicklungspotentiale müssen von Städten und Gemeinden genutzt werden, aber eine maßvolle Ausweisung von Bauland muss auch künftig im Rahmen der kommunalen Planungshoheit möglich sein. Wie bei allen Konflikten gilt auch hier, dass sich diese nur dadurch lösen lassen, in dem man klare Ziele definiert und dann im Dialog den Ausgleich zwischen konkurrierenden Zielen sucht.

10. Warum soll ein Bauer / eine Bäuerin SIE wählen?

Weil ich bereits als Kommunalpolitiker in einer stark landwirtschaftlich geprägten Gemeinde stets ein offenes Ohr für die Themen der Landwirtschaft hatte. In Alerheim gibt es noch eine große Anzahl an Voll- und Nebenerwerbsbetrieben mit allen möglichen Betriebsschwerpunkten, so dass ich die Sorgen und Nöte der Landwirtschaft stets aus erster Hand erfahren habe. Die Gemeinde ist nun mal für viele Themen immer erster Ansprechpartner, seien es bauliche Erweiterungen, Verpachtungen, das Wegenetz oder auch Probleme mit Biberschäden. Und auch über meinen unmittelbaren eigenen Wirkungskreis hinaus, sind schon häufig Landwirte mit ihren individuellen Themen an mich herantreten. Natürlich werde ich auch in Berlin stets ein offenes Ohr für die Belange der Landwirtschaft haben.

11. Gibt es eine Botschaft, die Sie an unsere Landwirtschaftsfamilien richten wollen?

Unser ländlicher Raum braucht auch weiterhin engagierte Landwirtschaftsfamilien, die in der Mitte der Gesellschaft stehen. Dazu gehört auch ein offener Umgang mit den Menschen, die keinen persönlichen Bezug zu den Themen der Landwirtschaft haben. Nur gemeinsam werden wir die Zukunftsaufgaben des Landes bewältigen.